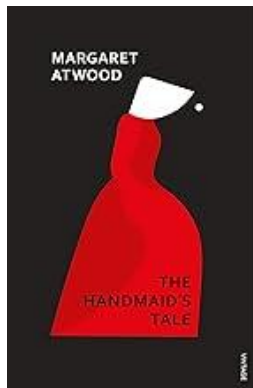


Jens Spahn, Fraktionsvorsitzender der Union im Bundestag, muss gehen – endlich!

Der „Mietmutter“-Skandal ist nur das Ende einer Kette von Fehlritten:

- Als Gesundheitsminister hat Jens Spahn im Jahre 2020 für das vom Bundestag verabschiedete **Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen** verantwortlich gezeichnet, in dem eine Wesensverwandtschaft von LGB und T unterstellt wird: Danach werden nicht nur Behandlungen verboten, „...die auf die Veränderung oder Unterdrückung der sexuellen Orientierung...“, sondern auch „...der selbst empfundenen geschlechtlichen Identität gerichtet sind.“ Dabei stehen hier Minderjährige besonders im Fokus. Die Folge: ÄrztInnen und PsychotherapeutInnen, die einen ergebnisoffenen und interdisziplinären diagnostischen Prozess vorziehen, der mögliche Ursachen und begleitende psychische Störungen der sog. „Transgeschlechtlichkeit“ untersucht und ggf. behandelt, werden in ihrer Berufsausübung eingeschränkt und kriminalisiert. Und: Operative medizinische Eingriffe oder Hormonbehandlungen stellen deshalb keine „Konversionsbehandlung“ dar, weil sie dem „Wunsch“ der transitionierenden Person entsprechen. Damit wurde der gesundheitlichen Gefährdung besonders von Mädchen durch nicht rückgängig zu machende operative Eingriffe wie Brustamputationen Tür und Tor geöffnet.
- Der **Einkauf von Masken** durch Gesundheitsminister Spahn während der Pandemie zu überhöhten Preisen, welcher den Staat einen Milliarden-Schaden beschert hat.
- Die vom Unionsfraktionsvorsitzenden Jens Spahn zu verantwortende gescheiterte Wahl der **Rechtsprofessorin Brosius-Gersdorf** zur Richterin am Bundesverfassungsgericht, welche wegen ihrer Auffassung besonders zur **Abtreibungsfrage** für die Unionsmehrheit nicht wählbar war.



Jetzt wäre noch ihre „libertäre“ Haltung zur **Mietmutterschaft** hinzugekommen. Wir erinnern uns dabei an den „Report der Magd“. Brosius-Gersdorf wirft der Union vor, ein „Menschenbild“ (sprich: Frauenbild) zu haben, welches mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei (nach dem Motto: Wenn Frauen ihren Körper verkaufen „wollen“, soll man sie lassen). Hier wird „Gleichberechtigung“ mit Schutzlosigkeit aufgrund ökonomischer Zwänge (wie in der Prostitution) verwechselt.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat – um die Union vor weiterem Schaden zu bewahren – die Reißleine gezogen und Jens Spahn zum Rücktritt aufgefordert. Dieser Schritt war seit langem überfällig.

24.07.2026

© Gunda Schumann
LAZ reloaded e.V.